

Josef Baumgartner, Serguei Kaniovski

# Steuerreform 2015/16 – Gesamtwirtschaftliche Wirkungen bis 2019

## Steuerreform 2015/16 – Gesamtwirtschaftliche Wirkungen bis 2019

Die Steuerreform 2015/16 sieht ein Entlastungsvolumen von rund 3,9 Mrd. € im Jahr 2016 und 5,2 Mrd. € p. a. ab 2017 vor. Wenn auch die geplanten Maßnahmen zur Gegenfinanzierung (2016: 3,6 Mrd. €, 2017: 4,4 Mrd. € ab 2018: 4,5 Mrd. € p. a.) zeitgerecht und in vollem Umfang umgesetzt werden (Szenario 1 – "Regierungsszenario"), verringert sich der Steuerkeil, und die Nettoreallöhne pro Kopf steigen um 3,1% (gegenüber dem Basisszenario ohne Steuerreform; Abweichungen in Prozent, kumuliert bis 2019). Dies erhöht das verfügbare reale Einkommen der privaten Haushalte um 1% und den privaten Konsum um knapp ¾%. Das reale BIP nimmt zusätzlich um ¼% zu, die Verbraucherpreise steigen um ½%. Unter diesen Bedingungen ist eine budgetneutrale Umsetzung der Steuerreform durchaus möglich. Der gewählte Maßnahmen-Mix würde mittelfristig eine Verlagerung der Nachfrage vom öffentlichen zum privaten Konsum und eine Verringerung der Abgabenquote (–½ Prozentpunkt) bewirken. Neben dem Regierungsszenario werden zwei Alternativszenarien simuliert, die eine verzögerte (Szenario 2) bzw. unvollständige (Szenario 3) Umsetzung der Maßnahmen im Bereich der Betrugsbekämpfung, der Einsparungen in der öffentlichen Verwaltung und der Subventionskürzungen unterstellen. Dadurch erhöhen sich die verfügbaren Haushaltseinkommen stärker bzw. der öffentliche Konsum sinkt schwächer als im Szenario 1. Dies bewirkt (je nach Variante) kurz- bis mittelfristig einen etwas stärkeren Anstieg des BIP (2019 gegenüber Szenario 1 bis zu +0,2 Prozentpunkte), aber auch der Budgetdefizit- und der öffentlichen Schuldenquote (um bis zu +1 Prozentpunkt bis 2019).

## Tax Reform of 2015-16 – Macroeconomic Effects up to 2019

The 2015-16 tax reform envisages tax cuts of about € 3.9 billion in 2016 increasing to € 5.2 billion p.a. from 2017 onwards. Provided that the planned measures to fund the tax relief (2016 € 3.6 billion, 2017 € 4.4 billion, from 2018 € 4.5 billion p.a.) are implemented in due time and in full scope (scenario 1: "government" scenario), private households will see their real disposable incomes increase by 1 percent (compared to a baseline scenario without a tax reform; numbers are deviations from baseline in percent, cumulated up to 2019), and private consumption will be about 0.75 percent higher. Real GDP will increase by an additional ¼ percent and consumer prices will rise by ½ percent. Conditional on these terms it is quite reasonable to implement the tax reform without any lasting negative effects on fiscal balances. In the medium run the chosen policy-mix of measures would cause a shift in demand, from public to private consumption and reduce the government to GDP ratio by 0.5 percentage points. In addition to the government scenario, two alternative scenarios were simulated which assumed a delayed (scenario 2) or incomplete (scenario 3) implementation of measures to reduce the size of the public administration, to combat tax fraud and to cut government subsidies. As a consequence, disposable household income increases are stronger and public consumption decreases are smaller than in scenario 1. In the short to medium run this leads to a slightly stronger increase in GDP (in comparison to scenario 1 up to +0.2 percentage points till 2019) but also to a higher government deficit and public debt to GDP ratio (up to +1 percentage point in 2019).

### Kontakt:

**Mag. Dr. Josef Baumgartner:** WIFO, 1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, [Josef.Baumgartner@wifo.ac.at](mailto:Josef.Baumgartner@wifo.ac.at)

**Priv.-Doz. Mag. Dr. Serguei Kaniovski:** WIFO, 1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, [Serguei.Kaniovski@wifo.ac.at](mailto:Serguei.Kaniovski@wifo.ac.at)

**JEL-Codes:** C53, E17 • **Keywords:** Steuerreform 2015/16, WIFO-Macromod, Modellsimulationen

**Begutachtung:** Karl Aiginger, Marcus Scheiblecker, Margit Schratzenstaller • **Wissenschaftliche Assistenz:** Christine Kaufmann ([Christine.Kaufmann@wifo.ac.at](mailto:Christine.Kaufmann@wifo.ac.at))

## 1. Einleitung

Im März 2015 einigte sich die Bundesregierung (*Bundesministerium für Finanzen*, 2015A) auf eine Steuerreform, die im Wesentlichen mit 1. Jänner 2016 in Kraft treten soll. Werden alle Steueränderungen wie geplant wirksam, dann bedeuten die vorgesehenen Entlastungen im Jahr 2016 Mindereinnahmen von *brutto* 3,9 Mrd. € (1,1% des prognostizierten BIP) und ab dem Jahr 2017 von 5,2 Mrd. € p. a. (rund 1½% des BIP).

Zur Gegenfinanzierung dieser Reform plant die Bundesregierung eine Reihe von Maßnahmen, die überwiegend aus Steuererhöhungen (2016: 2,5 Mrd. €, ab 2017: 3,3 bis 3,4 Mrd. € p. a.) bestehen. Das entspricht anfangs etwa zwei Dritteln, gegen Ende etwa drei Vierteln der durch diskretionäre Maßnahmen erwarteten Gegenfinan-

zierung. Daneben sollen im Bereich von Verwaltung und Förderungen Ausgaben im Umfang von 1,1 Mrd. € eingespart werden (Übersicht 1). Unter Berücksichtigung der steuerlichen Maßnahmen zur Gegenfinanzierung wird die von der Bundesregierung angestrebte *steuerliche* Nettoentlastung von 1,4 Mrd. € im Jahr 2016 auf knapp 1,8 Mrd. € im Jahr 2019 (jeweils rund ½% des BIP) leicht steigen. *Schatzenstaller* (2015, in diesem Heft) stellt diese Maßnahmen im Detail vor.

Übersicht 1: Szenarien zum Entlastungsvolumen der Steuerreform 2015/16 für die Jahre 2016/2019

	2016	2017	2018	2019
	Mrd. €			
<b>Entlastung</b>	- 3,900	- 5,195	- 5,195	- 5,195
Tarifreform Lohn- und Einkommensteuer (einschließlich Änderungen von Negativsteuer, Verkehrsabsetzbetrag, Pendlerzuschlag, Kinderfreibetrag)	- 3,875	- 4,980	- 4,980	- 4,980
Unternehmenspaket	- 0,025	- 0,215	- 0,215	- 0,215
<b>Gegenfinanzierung</b>				
<b>Szenario 1: Vollständige und zeitgerechte Umsetzung aller Maßnahmen</b>	3,563	4,352	4,531	4,501
Steuererhöhungen	2,463	3,252	3,431	3,401
Steuerbetrugsbekämpfung	1,925	2,090	2,211	2,143
Verschiedene Steuererhöhungen	0,303	0,392	0,394	0,396
Einschränkung der Steuerausnahmen	0,235	0,770	0,826	0,862
Einsparungen: Verringerung von Förderungen und Einsparung von Verwaltungsausgaben	1,100	1,100	1,100	1,100
<b>Szenario 2: Verzögerte Umsetzung der Gegenfinanzierung</b>	2,051	3,555	4,531	4,501
Steuererhöhungen	1,501	2,730	3,431	3,401
Steuerbetrugsbekämpfung	0,963	1,568	2,211	2,143
Verschiedene Steuererhöhungen	0,303	0,392	0,394	0,396
Einschränkung der Steuerausnahmen	0,235	0,770	0,826	0,862
Einsparungen: Verringerung von Förderungen und Einsparung von Verwaltungsausgaben	0,550	0,825	1,100	1,100
<b>Szenario 3: Verzögerte und unvollständige Umsetzung der Gegenfinanzierung</b>	1,294	2,757	3,703	3,690
Steuererhöhungen	1,019	2,207	2,878	2,865
Steuerbetrugsbekämpfung	0,481	1,045	1,658	1,607
Verschiedene Steuererhöhungen	0,303	0,392	0,394	0,396
Einschränkung der Steuerausnahmen	0,235	0,770	0,826	0,862
Einsparungen: Verringerung von Förderungen und Einsparung von Verwaltungsausgaben	0,275	0,550	0,825	0,825

Q: Bundesministerium für Finanzen, Maßnahmen laut Begutachtungsentwürfen zum Steuerreformgesetz 2015 (Begutachtungsentwurf vom 19. Mai 2015), Sozialbetrugsgesetz (Begutachtungsentwurf vom 6. Mai 2015) und Bankwesengesetz (Begutachtungsentwurf vom 12. Mai 2015) sowie laut Ministerratsvortrag zur Steuerreform 2015/16 (vom 17. März 2015); WIFO-Zusammenstellung.

Im Folgenden werden mit Hilfe des makroökonomischen WIFO-Modells *Macromod* (*Baumgartner – Breuss – Kaniowski, 2005*) die gesamtwirtschaftlichen Effekte der Steuerreform 2015/16 geschätzt (siehe Kasten "WIFO-Macromod"). Als *Basisszenario* wird eine auf Basis der WIFO-Konjunkturprognose vom März 2015 (*Glocker, 2015*) aktualisierte mittelfristige WIFO-Prognose bis 2019 (*Baumgartner – Kaniowski – Pitlik, 2015*) herangezogen.

Aufgrund der Unsicherheiten vor allem im Bereich der Gegenfinanzierung (fehlende Konkretisierung, etwaige politische Widerstände u. Ä.; z. B. *Budgetdienst, 2015, Fiskalrat, 2015* bzw. die aktuelle politische Debatte) werden drei Szenarien entworfen, die vom selben *Entlastungspfad* ausgehen (vollständige Umsetzung der geplanten Entlastungsmaßnahmen). Auch die Anhebung des ermäßigten Umsatzsteuersatzes für ausgewählte Güter und Dienstleistungen um 3 Prozentpunkte und die Einschränkung von Steuerausnahmen als Maßnahmen zur Gegenfinanzierung wird in allen drei Szenarien berücksichtigt. Die Szenarien unterscheiden sich hinsichtlich des Grades der Umsetzung der Maßnahmen zur Betrugsbekämpfung und zu Ausgabeneinsparungen. Da noch unsicher ist, in welchen Teilbereichen etwaige Abweichungen vom von der Regierung vorgeschlagenen Pfad auftreten, wurden in den Alternativszenarien technische Annahmen über den Pfad der Umsetzung getroffen.

- Das *Szenario 1* (Regierungsszenario) nimmt die zeitgerechte und vollständige Umsetzung der geplanten Maßnahmen zur Gegenfinanzierung vor<sup>1)</sup>.

<sup>1)</sup> Eine erste Version dieses Szenarios von Ende März 2015 bildete auf Basis des Ministerratsvortrages (*Bundesministerium für Finanzen, 2015A*) die Grundlage für das von der Bundesregierung im Strategiebericht (*Bundesministerium für Finanzen, 2015B*) und im Stabilitätsprogramm (*Bundesministerium für Finanzen, 2015C*) un-

- Das Szenario 2 sieht eine verzögerte Umsetzung der Gegenfinanzierung vor; die geplanten Maßnahmen zur Betrugsbekämpfung und die Ausgabeneinsparungen werden demnach 2016 lediglich zur Hälfte, 2017 zu drei Vierteln und erst ab 2018 in vollem Umfang umgesetzt.
- Das Szenario 3 (verzögerte und unvollständige Umsetzung der Gegenfinanzierung) nimmt eine Umsetzung der geplanten Maßnahmen in den Bereichen Betrugsbekämpfung und Ausgabeneinsparungen zu nur einem Viertel im ersten Jahr an, im Jahr 2017 zur Hälfte und ab 2018 zu drei Vierteln.

Neben den steuerlichen und ausgabenseitigen Maßnahmen unterstellt die Bundesregierung auch einen Beitrag zur Gegenfinanzierung aus einer teilweisen Selbstfinanzierung der Steuersenkung. Ein durch die Entlastung ausgelöster gesamtwirtschaftlicher Impuls würde

- einen Anstieg der verfügbaren Haushaltseinkommen und dadurch einen Zuwachs des privaten Konsums induzieren. In der Folge würden auch das BIP und die Beschäftigung zunehmen; die Nachfragesteigerung würde tendenziell auch einen Preisanstieg induzieren.
- Die Staatseinnahmen aus den Steuern auf (nominelle) Lohn- und Gewinneinkommen, aus den Verbrauchsabgaben und aus Sozialbeiträgen würden zunehmen.

Gedämpft würde die expansive Wirkung der Entlastungen durch die Maßnahmen zur Gegenfinanzierung:

- Durch die Streichung von Steuerausnahmen und die Erhöhung bestimmter direkter Steuern würde das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte und folglich der private Konsum verringert.
- Der öffentliche Konsum sinkt durch die geplanten Einsparungen.
- Preiserhöhungen (Anhebung von Verbrauchsteuern und Überwälzung der durch die Betrugsbekämpfung induzierten höheren Steuerlast auf die Verbraucherpreise) verringern die Kaufkraft und damit die Konsumnachfrage.
- Die erhöhte Inflation bedeutet tendenziell höhere Nominallohnsteigerungen, so dass die relativen Lohnstückkosten steigen und die Exporttätigkeit belastet wird.

Aus dem Zusammenspiel zwischen der Entlastungswirkung der Steuerreform und der Belastungswirkung der Gegenfinanzierung ergibt sich eine gesamtwirtschaftliche Nettoentlastung (siehe Kapitel 3.1). Mit dem WIFO-Macromod werden die etwaigen Mehreinnahmen aus Selbstfinanzierungseffekten modellendogen geschätzt und können der von der Bundesregierung unterstellten Größe gegenübergestellt werden.

---

terstellte realwirtschaftliche Umfeld für die Periode 2015 bis 2019. Das hier vorgestellte "angepasste" Regierungsszenario weicht von jenem in mehrerer Hinsicht ab:

- Im Mai 2015 wurden die Begutachtungsentwürfe zum Sozialbetrugsgesetz (*Österreichisches Parlament, 2015*), zum Bankwesengesetz (*Bundesministerium für Finanzen, 2015D*) und zum Steuerreformgesetz (*Bundesministerium für Finanzen, 2015E*) vorgelegt. Die hier angegebenen Budgeteffekte der Steuerreform 2015/16 weichen etwas vom Ministerratsvortrag (*Bundesministerium für Finanzen, 2015A*) ab (in den Begutachtungsentwürfen wurden das Entlastungsvolumen geringer und das Steueraufkommen aus der Betrugsbekämpfung höher angesetzt).
- Im WIFO-Macromod wurden der Wirkungszusammenhang für das verfügbare Einkommen und den Konsum weiter verfeinert und die Verteilungsschlüssel der unten dargestellten Maßnahmen sowie die Einkommens- und Konsumstruktur auf Basis von äquivalisierten Haushaltseinkommensgruppen – und damit konsistent mit dem WIFO-Mikrosimulationsmodell – gebildet (siehe dazu *Rocha-Akis, 2015*, in diesem Heft).
- Der Effekt der Betrugsbekämpfung auf das verfügbare Haushaltseinkommen wurde auf der Basis detaillierter Informationen zu den Zuschätzungen der Schattenwirtschaft durch Statistik Austria genauer abgebildet.
- Durch eine Anpassung der Berechnung der Kapitalnutzungskosten fallen die induzierten Investitionen nun schwächer aus.

Alle vier Effekte wirken in dieselbe Richtung: Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte und der private Konsum steigen schwächer als gemäß der Simulation vom März 2015; dies dämpft den expansiven Effekt auf das BIP.

### WIFO-Macromod

Das makroökonomische Modell WIFO-Macromod bildet auf jährlicher Basis die Zusammenhänge der österreichischen Wirtschaft ab. Es wird zur Erstellung der mittelfristigen WIFO-Prognose und für die Schätzung der makroökonomischen Wirkungen von wirtschaftspolitischen Maßnahmen verwendet (Baumgartner – Breuss – Kaniovski, 2005). So wurden bisher etwa die Effekte der Fiskalpolitik der Jahre 2000 bis 2002 (Breuss – Kaniovski – Lehner, 2003), der Steuerreform 2004/05 (Breuss – Kaniovski – Schratzenstaller, 2004) oder der Stabilisierungsmaßnahmen zur Abfederung der realwirtschaftlichen Auswirkungen der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise geschätzt (Breuss – Kaniovski – Schratzenstaller, 2009).

Das Modell bildet die Dynamik der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage ab und lässt kurz- bis mittelfristige Ungleichgewichte auf dem Arbeits- und dem Gütermarkt zu. Ergänzt wird es durch "Supply-Side"-Elemente zur Bestimmung des Trend-Outputs und der Outputlücke, die nach dem Produktionsfunktionsansatz gemäß der von der Europäischen Kommission vorgegebenen Methode ermittelt werden. Um die gesamtwirtschaftlichen Wirkungen etwa steuerpolitischer Maßnahmen im Zeitablauf dynamisch zu untersuchen, werden im Modell die wichtigsten Beziehungen zwischen dem Inlandmarkt und der Außenwirtschaft, dem öffentlichen Sektor, dem Arbeitsmarkt und dem Preis-Lohn-System abgebildet. Der Güter- und der Arbeitsmarkt sind mit dem Sektor Staat über Staatsausgaben und Steuern verknüpft. Die Modellstruktur und der Beobachtungszeitraum werden vom ESGV 2010 vorgegeben. Dieser Datenbestand reicht von 1995 bis 2014.

Das Modell besteht in seiner Grundform aus 54 Verhaltens- und 124 Definitionsgleichungen, sowie 50 exogenen Variablen, die die Dynamik des Modells treiben. Für eine kleine, sehr offene Volkswirtschaft wie Österreich besteht dieser exogene Block vor allem aus internationalen Variablen (BIP, Preise, Wechselkurse der 5 wichtigsten Handelsblöcke; Rohstoffpreise, Zinssätze). Die Annahmen zum internationalen Block basieren auf der mittelfristigen WIFO-Prognose für die Weltwirtschaft, die mit dem OEF-Weltmodell erstellt wird (Schiman, 2015).

Im Macromod werden aufgrund der relativ kurzen Zeitreihen die Verhaltensgleichungen als Einzelgleichungen – die meisten davon mit einem Fehlerkorrekturansatz – geschätzt. Dieser zeitreihenanalytische Ansatz setzt die Existenz eines quantifizierbaren und langfristig stabilen Zusammenhanges zwischen zwei oder mehreren Variablen voraus, lässt aber kurzfristige z. B. konjunkturbedingte Abweichungen davon zu.

Die Analyse der Effekte einer Steuerreform erfordert eine detaillierte Erfassung des öffentlichen Sektors. Das WIFO-Macromod unterscheidet zwischen den Einnahmen und den Ausgaben des Staates. Die Staatseinnahmen sind in drei große Abgabekategorien gegliedert, die sich am ESGV 2010 orientieren: Produktions- und Importabgaben (indirekte Steuern: Umsatzsteuer sowie andere Produktions- und Importabgaben), Einkommen- und Vermögensteuern (direkte Steuern: Einkommen- und Lohnsteuer, Körperschaftsteuer und andere Einkommen- und Vermögensteuern) sowie Sozialbeiträge (Beiträge zur Arbeitslosenversicherung und andere Sozialbeiträge).

Die Staatseinnahmen werden im Allgemeinen im Modell endogen erklärt: Entweder wird die Dynamik der Steuerbasis explizit dargestellt, und die Auswirkungen einer Änderung der Steuerbasis können von jenen der Tarifsätze getrennt bestimmt werden, oder das Steueraufkommen wird mit Bezug zu einer gesamtwirtschaftlichen Größe ermittelt. So werden das Lohnsteueraufkommen durch die Lohnsumme, die Umsatzsteuererträge durch die Entwicklung des nominellen privaten Konsums und die Einnahmen an Körperschaftsteuer anhand des Nettobetriebsüberschusses bestimmt. Für die Schätzung der Elastizitäten werden in den meisten Fällen Fehlerkorrekturmodelle verwendet.

Die endogen erklärten Ausgaben des Staates umfassen die Lohnneinkommen pro Kopf im öffentlichen Sektor und die Arbeitslosenunterstützung. Die Lohnentwicklung im öffentlichen Sektor wird langfristig von jener im privaten Sektor bestimmt. Die übrigen Staatsausgaben (wie z. B. monetäre Sozialleistungen, soziale Sachleistungen und sonstige laufende Transfers) werden exogen vorgegeben.

Die Dynamik der öffentlichen Verschuldung wird im Modell explizit dargestellt und durch die Entwicklung des Budgetsaldos und Annahmen zum Stock-Flow Adjustment bestimmt. Der Zinsendienst wird über die implizite Verzinsung der Bestandsschuld und die Zinsstruktur der Neuverschuldung ermittelt. Dazu werden Informationen der Bundesfinanzierungsagentur und die "Berichte über die öffentlichen Finanzen" des Fiskalrates herangezogen.

## 2. Maßnahmen der Steuerreform und ihre Implementierung im Modell Macromod

Die Entlastungen durch die Steuerreform 2015/16 betreffen fast ausschließlich die Lohn- und Einkommensteuer (Tarifreform, Negativsteuer, Absetz- und Freibeträge) und wirken damit über eine Erhöhung des verfügbaren Einkommens auf die Konsumausgaben (bzw. Ersparnisbildung) der privaten Haushalte. Da die einzelnen Einkommensgruppen von den Maßnahmen der Entlastung und Belastung unterschiedlich betroffen sind (siehe dazu Rocha-Akis, 2015, in diesem Heft), wurde dieser Wir-

kungsmechanismus im WIFO-Macromod detaillierter abgebildet<sup>2</sup>). Um den Umfang des Modells dadurch nicht übermäßig auszuweiten und die Wirkungsmechanismen übersichtlich darzustellen, wurde die Aufteilung auf drei Einkommensgruppen beschränkt: Der Modellblock verfügbares Einkommen – Konsum wurde nach Einkommenssterzilen aufgespalten und für das untere, mittlere und obere Einkommensdrittel jeweils eine eigene Gleichung für das verfügbare Einkommen und eine Konsumfunktion kalibriert (siehe Kasten "Der Einkommens-Konsum-Block nach Terzilen im WIFO-Macromod").

### *Der Einkommens-Konsum-Block nach Terzilen im WIFO-Macromod*

Die Entlastung durch die Steuerreform 2015/16 wirkt in erster Linie über das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte. Da die einzelnen Einkommensgruppen von der Steuerreform zum einen unterschiedlich betroffen sind und zum anderen eine differierende Konsumneigung aufweisen, wurde der Einkommens-Konsum-Block für den Zweck der unten dargestellten Simulationen im WIFO-Macromod erweitert.

Auf Basis der äquivalisierten Einkommensdaten gemäß EU-SILC und der Konsumstruktur laut den Konsumerhebungen 1994/95, 1999/2000, 2004/05, 2009/10 wurden das verfügbare Einkommen und der private Konsum gemäß ESVG 2010 für die Jahre 1995 bis 2014 in drei Gruppen aufgeteilt und dafür eigene Konsumfunktionen und Definitionen für das verfügbare Einkommen gebildet.

Da für diesen Zeitraum lediglich vier Konsumerhebungen vorliegen und EU-SILC-Daten erst ab 2004 verfügbar sind, war eine ökonomische Schätzung der drei Konsumfunktionen nach Terzilen nicht möglich. Auf Basis der gesamtwirtschaftlichen ESVG-Daten wurden die geschätzten Parameter der aggregierten Konsumfunktion herangezogen, um die Konsumfunktionen nach Terzilen zu kalibrieren. Die geschätzte kurzfristige Einkommenselastizität<sup>1)</sup> der aggregierten Konsumfunktion beträgt 0,5, die langfristige Einkommenselastizität beträgt 1, und die Anpassungsgeschwindigkeit, mit der Abweichungen von der langfristigen Konsumfunktion korrigiert werden, beträgt 0,2. Langfristig wird für jedes Einkommenssterzil eine Elastizität von 1 angenommen. Für die Konsumfunktion der Haushalte im mittleren Einkommensdrittel wurden dieselben Parameter der gesamtwirtschaftlichen Konsumfunktion unterstellt.

Die Haushalte der drei Einkommensdrittel unterscheiden sich nach ihrer kurzfristigen Einkommenselastizität und Anpassungsdynamik. Kurzfristig geben die Haushalte des unteren Drittels etwa 80% eines Zusatzeinkommens im ersten Jahr aus (Elastizität 0,8). Darüber hinaus ist die Anpassungsdynamik zur langfristigen Einkommenselastizität für Haushalte mit niedrigem Einkommen am höchsten (Übersicht 2). Für Haushalte des oberen Einkommensdrittels wurden die kurzfristige Einkommenselastizität (0,4) und die Anpassungsgeschwindigkeit am niedrigsten angenommen. Gewählt wurden die Parameter für das untere und obere Terzil so, dass die gewichtete Summe der drei Terzil-Konsumprofile jener der geschätzten gesamtwirtschaftlichen Konsumfunktion entspricht. Die Zeitprofile der Konsumausgaben nach Terzilen infolge eines permanenten Anstieges des jeweiligen verfügbaren Realeinkommens um 1% zeigt Abbildung 1.

Die Steuerentlastung wird mit Hilfe des WIFO-Mikrosimulationsmodells von der Personen- auf die Haushaltsebene umgerechnet (siehe *Rocha-Akis*, 2015, in diesem Heft). Die Unterscheidung nach niedrigen, mittleren und hohen Haushaltseinkommen soll zum einen die Veränderung der Einkommensverteilung berücksichtigen und zum anderen die Auswirkungen auf den Konsum durch die nach Haushaltsgruppen unterschiedliche Konsumneigung genauer erfassen (Übersicht 3).

<sup>1)</sup> Die Einkommenselastizität des Privatkonsums in Bezug auf das verfügbare Realeinkommen gibt an, um welchen Prozentsatz sich die Konsumausgaben verändern, wenn das Einkommen sich um 1% ändert.

Die im Folgenden dargestellten Maßnahmen basieren grundsätzlich auf dem Ministerratsvortrag zur Steuerreform (*Bundesministerium für Finanzen*, 2015A) vom 17. März 2015. Soweit diese Pläne durch die seit Mitte Mai vorgelegten Begutachtungsentwürfe (*Bundesministerium für Finanzen*, 2015D, 2015E, *Österreichisches Parlament*, 2015) konkretisiert wurden, werden sie durch die Begutachtungsentwürfe ersetzt (siehe dazu im Detail *Schatzenstaller*, 2015, in diesem Heft).

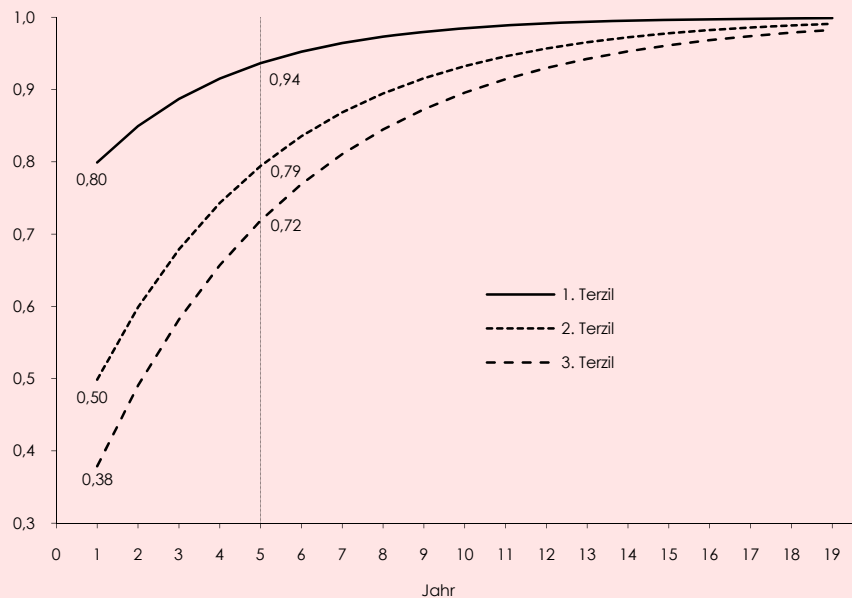
<sup>2)</sup> Vom Entlastungsvolumen von rund 5,2 Mrd. € im Vollausbau wirken lediglich 100 Mio. € (Körperschaftsteuer) nicht direkt auf das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte durch eine Senkung der Lohn- und Einkommensteuerbelastung.

Übersicht 2: Effekte der Steuerreform auf den privaten Konsum nach Terzilen

	1. Terzil	2. Terzil	3. Terzil	Insgesamt
Verfügbares Haushaltseinkommen, netto <sup>1)</sup>				
2013, Anteile in %	16,6	31,2	52,2	100
Konsumausgaben <sup>2)</sup>				
2009/10, Anteile in %	23,8	32,4	43,8	100
Durchschnittliche Konsumneigung	1,16	0,98	0,82	0,90
Konsumfunktionen				
Kurzfristige marginale Konsumneigung	0,8	0,5	0,4	0,5
Fehler-Korrektur-Term				
Langfristige marginale Konsumneigung	1	1	1	1
Anpassungsparameter	0,25	0,20	0,18	0,20
Konsumeffekt				
Nach 2 Jahren	0,85	0,60	0,49	
Nach 5 Jahren	0,94	0,79	0,72	
Nach 10 Jahren	0,98	0,93	0,90	
Nach 15 Jahren	1,00	0,98	0,96	

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – <sup>1)</sup> EU-SILC, nach Äquivalenzklassen. – <sup>2)</sup> Konsumerhebung, nach Äquivalenzeinkommen.

Abbildung 1: Konsumfunktionen nach Terzilen



Q: WIFO-Berechnungen.

Übersicht 3: Verteilungsschlüssel der Maßnahmen gemäß WIFO-Mikrosimulationsmodell

	Verteilungsschlüssel	1. Terzil	2. Terzil	3. Terzil	Insgesamt
Einkommensanteile					
Vor der Steuerreform		16,6	31,2	52,2	100
Nach der Steuerreform	A	16,5	31,2	52,3	100
Entlastungen					
Tarifreform	B	9,1	31	59,9	100
Ausweitung der Negativsteuer für Unselbständige	C	46,3	35,2	18,5	100
Anhebung des Kinderfreibetrages	D	20,6	42,7	36,7	100
Einführung der "Negativsteuer" für Selbständige <sup>1)</sup>	E	50	40	10	100
Belastungen					
Anhebung der Höchstbeitragsgrundlage <sup>2)</sup>	F	0	5	95	100
Andere Erhöhung verschiedener direkter Steuern und Einschränkung von Ausnahmen <sup>3)</sup>	G	11	28	61	100

Q: WIFO-Mikrosimulationsmodell, Rocha-Akis (2015). – <sup>1)</sup> Selbständige und Bauern. Annahme in Analogie zur Negativsteuer für Lohnsteuerpflichtige. – <sup>2)</sup> Ermittelt aus den Angaben in Rocha-Akis (2015), Fußnote 19. – <sup>3)</sup> Dieser Verteilungsschlüssel ergibt sich aus den gewichteten Aktiveinkommen gemäß EU-SILC 2013: Löhne und Gehälter, Betriebsüberschuss und Vermögenseinkommen.



## 2.1 Entlastungen

### 2.1.1 Tarifreform in der Lohn- und Einkommensteuer und andere Entlastungen

Kern der Steuerreform 2015/16 ist eine Reform des Einkommensteuertarifs, die im Vollausbau einen jährlichen Entfall von Lohn- und Einkommensteuereinnahmen von knapp 4.400 Mio. € bewirkt (Lohnsteuer etwa 4 Mrd. €, Einkommensteuer 400 Mio. €). Diese Entlastung wird nach dem Schlüssel B aus Übersicht 3 auf die Einkommens-terzile verteilt. Da das untere Haushaltseinkommensterzil einen hohen Anteil von Personen mit niedrigem Einkommen aufweist, die gar keine Lohn- bzw. Einkommensteuer abführen, fällt die Entlastung dort am geringsten aus und macht nur 9% des gesamten Volumens aus. Absolut gesehen profitieren am stärksten die Haushalte im oberen Einkommensterzil, auf die rund 60% der Entlastung entfallen (Übersicht 3, Verteilungsschlüssel B).

Die Negativsteuer wird für unselbständig Beschäftigte erhöht und für pensionierte Lohnsteuerpflichtige neu eingeführt, deren steuerpflichtiges Einkommen zwar geringer als der Grundfreibetrag von 11.000 € ist, die aber dennoch Sozialbeiträge zu entrichten haben. Dies wird im Modell als Ausfall von Lohnsteuereinnahmen von 370 Mio. € abgebildet. Diese Maßnahme kommt mit einem Anteil von gut 46% vor allem den Haushalten im unteren Terzil zugute (Verteilungsschlüssel C). Die Verdoppelung des Kinderfreibetrages bewirkt Mindereinnahmen von 100 Mio. € (Lohnsteuer 90 Mio. €, Einkommensteuer 10 Mio. €; Übersicht 3, Schlüssel D).

Da die Negativsteuer, der Pendlerzuschlag und der Kinderfreibetrag erst mit der Arbeitnehmerveranlagung bzw. Einkommensteuererklärung (frühestens) im jeweiligen Folgejahr geltend gemacht werden können, bewirken diese Maßnahmen erst ab 2017 einen kassenwirksamen Entlastungseffekt für die privaten Haushalte (und entsprechende Steuerausfälle). Um die niedrigsten Einkommen jedoch bereits 2016 zu entlasten (für die keine positive Steuerschuld anfällt und die daher durch die Tarifsenkung nicht entlastet werden), wird die Negativsteuer für unselbständig Beschäftigte bereits 2015 von 110 € auf 220 € verdoppelt, d. h. ein Teil der ursprünglich erst ab 2016 geplanten Erhöhung wird schon 2015 eingeführt. In das Modell gehen diese Maßnahmen als Ausfall der Einnahmen aus direkten Steuern von 175 Mio. € 2016 ein (ab 2017: 630 Mio. € p. a.).

### 2.1.2 Unternehmenspaket

Unternehmerische Einkünfte sollen zusätzlich zur Senkung des Einkommensteuertarifs durch ein Unternehmenspaket im Umfang von 215 Mio. € (im Vollausbau) entlastet werden.

Bauern und Selbständige mit niedrigem Einkommen haben künftig Anspruch auf eine Negativsteuer, die analog zu jener für unselbständig Beschäftigte ausgestaltet sein soll: 50% der Sozialversicherungsbeiträge werden bis höchstens 110 € jährlich gutgeschrieben und können ausbezahlt werden; die Einnahmenausfälle werden aus dem Einkommensteueraufkommen getragen. Dies wurde im WIFO-Macromod über eine Senkung der Einkommensteuer im Umfang von 60 Mio. € ab dem Jahr 2017 implementiert. Der Aufteilungsschlüssel auf die Haushaltsterzile wurde in grober Anlehnung an jenen für Unselbständige angenommen (Übersicht 3, Schlüssel E).

Für Mittelstandsfinanzierungsgesellschaften werden Steuerbegünstigungen in Höhe von 50 Mio. € gewährt (Einkommensteuer 10 Mio. €, Körperschaftsteuer 40 Mio. €). Die Anhebung der Forschungsprämie von 10% auf 12% soll ein Entlastungsvolumen von 80 Mio. € bringen (Einkommensteuer 20 Mio. €, Körperschaftsteuer 60 Mio. €). Die Steuerbegünstigung der Mitarbeiterbeteiligung soll von derzeit 1.460 € auf 3.000 € pro Jahr ausgeweitet werden und dürfte das Lohnsteueraufkommen um etwa 25 Mio. € pro Jahr verringern.

## 2.2 Gegenfinanzierung

### 2.2.1 Höhere Steuern auf höhere Einkommen und Anhebung der Grunderwerbsteuer

Die außerplanmäßige Anhebung der Höchstbeitragsgrundlage in der Sozialversicherung wird im Modell als Erhöhung der Einnahmen aus Sozialversicherungsbeiträgen

um 90 Mio. € implementiert. Diese Maßnahme trifft fast ausschließlich das obere Haushaltsterzil (Übersicht 3, Schlüssel F).

Die Erhöhung der Kapitalertragsteuer auf Dividenden von 25% auf 27,5% wird mit einem um 150 Mio. € höheren Kapitalertragsteueraufkommen, die Erhöhung der Immobilienertragsteuer durch Anhebung des Steuersatzes von 25% auf 30% und Abschaffung des Inflationsabschlages für bestimmte Grundstückstransaktionen mit Mehreinnahmen von 115 Mio. € implementiert.

Die Reform der Grunderwerbsteuer soll bis 2019 zusätzlich bis zu 41 Mio. € erbringen. Hier wurden Vorzieheffekte im Jahr 2015 angenommen: Das von der Regierung für das Jahr 2016 veranschlagte zusätzliche Aufkommen wird zu zwei Dritteln auf 2015 (jedoch gemindert wegen des niedrigeren Steuersatzes und der teilweise niedrigeren Bemessungsgrundlage) und zu einem Drittel 2016 aufgeteilt.

Das zusätzliche Steueraufkommen aus Kapitalertragsteuer, Immobilienertragsteuer und Grunderwerbsteuer wird mit der Terzil-Verteilung der Aktiveinkommen (Löhne und Gehälter, Betriebsüberschuss und Vermögenseinkommen) gemäß EU-SILC 2013 verteilt (Übersicht 3, Schlüssel G).

### **2.2.2 Anhebung des ermäßigten Umsatzsteuersatzes und Streichung von Steuerausnahmen**

Die Mehreinnahmen des Staates aus der Einschränkung von Ausnahmen in der Einkommen- und Umsatzsteuer sollen von 235 Mio. € im Jahr 2016 auf rund 860 Mio. € im Jahr 2019 steigen.

Die Erhöhung des ermäßigten Umsatzsteuersatzes auf bestimmte Güter und Dienstleistungen von 10% auf 13% soll 2016 etwa 175 Mio. € einbringen (die Änderung wird für Beherbergungsdienstleistungen erst nach Ende der Wintersaison ab Mai 2016 wirksam sein), ab 2017 220 Mio. € jährlich.

60 Mio. € (2016) bis 640 Mio. € im Jahr 2019 stammen aus dem Abbau bzw. der Abschaffung ausgewählter Ausnahmen in der Einkommen- und Körperschaftsteuer (Topfsonderausgaben, Abschreibungen von Immobilien, Bildungsprämie und -freibetrag, Dienstwagenbesteuerung).

### **2.2.3 Einsparungen im Bereich von Förderungen und Verwaltung**

Die Ausgaben für die öffentliche Verwaltung und für Förderungen plant die Bundesregierung (gemeinsam mit Ländern und Gemeinden) ab 2016 im Gesamtumfang von 1.100 Mio. € zu verringern. Diese Maßnahmen werden in den Marcomod-Simulationen wie folgt abgebildet: Die Ausgaben für Subventionen werden um 200 Mio. € p. a., für Vorleistungen um 300 Mio. € p. a., für sonstige Transfers um 300 Mio. € p. a. und für den Personalaufwand um 300 Mio. € p. a. verringert.

### **2.2.4 Bekämpfung von Steuerbetrug**

Die geplanten Maßnahmen zur Eindämmung von Steuerhinterziehung und Sozialbetrug sollen der öffentlichen Hand Mehreinnahmen von etwa 1.900 Mio. € (2016) bis 2.140 Mio. € (2019) einbringen.

Nach den Erwartungen der Bundesregierung sollen die Einführung von Registrierkassen, die "mit technischen Sicherheitslösungen gegen Manipulationen zu schützen sind", und einer Belegerteilungs- und -annahmepflicht sowie die Bekämpfung des Mineralölsteuerbetruges und der Umsatzsteuerhinterziehung im Versandhandel das Aufkommen an indirekten Steuern erhöhen. Darüber hinaus soll aufgrund der besseren Erfassung der Umsätze durch die Registrierkassen auch ein höheres Aufkommen an direkten Ertragsteuern generiert werden. Insgesamt werden daraus 2016 Mehreinnahmen von 1.000 Mio. € erwartet, die bis 2019 auf gut 1.500 Mio. € p. a. steigen. Dazu kommen aus der Bekämpfung von Sozialbetrug 225 Mio. € im Jahr 2016, ansteigend auf 239 Mio. € im Jahr 2019.

Diese bisher in der Schattenwirtschaft erwirtschafteten Einkommen der privaten Haushalte würden dann um das abzuführende Umsatzsteuer- und Ertragsteueraufkommen gemindert, mit einer entsprechenden dämpfenden Wirkung auf die Konsumnachfrage. Soweit es den früheren "Schwarzanbietern" gelingt, die nun abzuführenden Umsatz- und Ertragsteuern auf die Verbraucherpreise zu überwälzen, wird



der Preisanstieg die Kaufkraft verringern und ebenfalls den privaten Konsum belasten. Im Modell wurde als Erstrundeneffekt das verfügbare Einkommen im Ausmaß des zusätzlichen Umsatz- und Ertragsteueraufkommens (verringert um den angenommenen Rückfluss aus der Preiserhöhung) gekürzt. Der Preiseffekt des höheren Umsatz- und Ertragsteueraufkommens wird wie eine fiktive Umsatzsteuererhöhung im selben Ausmaß angesetzt.

Die Zurückdrängung der Schattenwirtschaft dürfte nur einen geringen (negativen) Einfluss auf die offiziellen Zahlen zu BIP und Einkommen haben, da Statistik Austria für solche Aktivitäten bereits in der Vergangenheit Zuschätzungen vorgenommen hat. Als hauptsächliche Konsequenz sollten sich diese Zuschätzungen verringern und dann dem offiziellen Sektor zugerechnet werden. Soweit die vorher zugeschätzten Aktivitäten angesichts der steuerlichen Mehrbelastung unterbleiben, würde das BIP sinken. Die Zuschätzungen der Einkommen aus der Schattenwirtschaft durch Statistik Austria zur Verteilungsseite der VGR werden überwiegend als Bruttobetriebsüberschuss (Selbständigeneinkommen) verbucht und zu einem kleineren Teil als zugeschätzte Trinkgelder den Lohneinkommen zugeschlagen. Beide Komponenten fließen in das Einkommen des privaten Haushaltssektors. Durch die Betrugsbekämpfung erfolgt in erster Linie eine Umschichtung von der Schattenwirtschaft in die offizielle Wirtschaft und von den privaten Bruttohaushaltseinkommen zu den Produktionssteuern. Der (isolierte) Gesamteffekt der Betrugsbekämpfung auf das BIP dürfte durch etwaige Preiserhöhungen oder die Einschränkung der realen wirtschaftlichen Aktivität (leicht) negativ sein.

Die Lockerung des Bankgeheimnisses für die Finanzbehörden soll dazu beitragen, die Identifizierung von Steuerhinterziehung im Unternehmensbereich zu erleichtern. Daraus werden 2016 zusätzliche Einnahmen von 700 Mio. € erwartet, die bis 2019 auf 400 Mio. € p. a. zurückgehen. Aus den Mehreinnahmen infolge der Lockerung des Bankgeheimnisses und der Bekämpfung des Mineralölsteuerbetruges wird kein zusätzlicher, negativer Konsumeffekt unterstellt, d. h. dieses zusätzliche Steueraufkommen verringert die private Ersparnisbildung.

### 3. Simulationen der Steuerreform mit dem WIFO-Makromodell

Die Staatseinnahmen werden im Modell endogen erklärt, die Staatsausgaben überwiegend exogen vorgegeben (Kasten "WIFO-Macromod"). Als *Basisszenario ohne Steuerreform* wird die anhand der WIFO-Konjunkturprognose vom März 2015 (Glocker, 2015) aktualisierte mittelfristige WIFO-Prognose bis 2019 (Baumgartner – Kaniovski – Pitlik, 2015) verwendet.

Für die Simulation der drei Szenarien zur Umsetzung der Steuerreform (Szenario 1 – vollumfängliche und zeitgerechte Umsetzung aller Maßnahmen, Szenario 2 – verzögerte Umsetzung der Gegenfinanzierung, Szenario 3 – verzögerte und unvollständige Umsetzung der Gegenfinanzierung) wurden die im Abschnitt 2 diskutierten Maßnahmen als dauerhafte Änderungen exogen vorgegeben und dann das Modell iterativ gelöst, bis es zu einer neuen stabilen Lösung konvergiert. Daraus ergeben sich die Auswirkungen der modellendogen ermittelten gesamtwirtschaftlichen Größen als Abweichung vom Basisszenario.

Für das *Szenario 1* (Regierungsszenario) wurden drei Simulationen durchgeführt: nur die Entlastungen, nur die Belastungen und eine Kombination aus Entlastungen und Belastungen, um den Gesamteffekt der Steuerreform einschließlich der Gegenfinanzierung zu ermitteln. Da sich die drei Szenarien nur hinsichtlich der Belastungen unterscheiden, die Entlastungen aber identisch sind, wurden für die Szenarien 2 und 3 nur die Belastungen und die Gesamteffekte simuliert.

Die Ergebnisse der Alternativszenarien werden in den Übersichten 8 und 9 für die Jahre 2016 bis 2019 als Abweichung vom Basisszenario ohne Steuerreform in Prozent angegeben.

### 3.1 Simulationsergebnisse

Die grundsätzlichen Wirkungszusammenhänge im WIFO-Macromod werden in der Folge anhand des "Regierungsszenarios" für Entlastungen, Belastungen und Gesamteffekte getrennt dargestellt. Für die anderen zwei Szenarien werden lediglich die Gesamteffekte präsentiert.

Der *Budgetdienst* (2015, S. 12) des österreichischen Parlaments und der *Fiskalrat* (2015) weisen auf die noch sehr unspezifischen Maßnahmen zur Betrugsbekämpfung und zu den Einsparungen in der öffentlichen Verwaltung und im Bereich der Förderungen hin. Die vorliegende Simulation trägt dieser Kritik insofern Rechnung, als die Alternativszenarien in diesen Bereichen ein geringeres Aufkommen als von der Regierung angenommen unterstellen. Die Effekte haben in beiden Szenarien dasselbe Vorzeichen, unterscheiden sich aber in der Größenordnung. Durch die geringeren Einsparungen und die schwächere Dämpfung der verfügbaren Haushaltseinkommen werden die kurzfristig nachfragedämpfenden Wirkungen gemindert.

Die Schätzung der Szenarien 2 und 3 soll nicht suggerieren, dass auf die Gegenfinanzierung verzichtet werden kann. Sie sollen vielmehr die mit ihrer Umsetzung verbundenen Risiken und deren gesamtwirtschaftliche Konsequenzen aufzeigen.

Übersicht 4: Auswirkungen der Steuerreform 2015/16 – Effekte der Entlastungen im Szenario 1

		2015	2016	2017	2018	2019
			Kumulierte Abweichungen			
<i>Nachfrage, real</i>						
Konsumausgaben						
Private Haushalte <sup>1)</sup>	in %	± 0,0	+ 0,9	+ 1,3	+ 1,5	+ 1,6
Staat	in %	± 0,0	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2
Bruttoanlageinvestitionen	in %	± 0,0	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,9	+ 1,0
Private Ausrüstungsinvestitionen	in %	± 0,0	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,3	+ 1,5
Private Bauinvestitionen	in %	± 0,0	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,8
Exporte	in %	± 0,0	± 0,0	+ 0,0	+ 0,0	- 0,0
Importe	in %	± 0,0	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,7
Außenbeitrag in % des BIP	Prozentpunkte	± 0,0	- 0,2	- 0,3	- 0,4	- 0,4
Bruttoinlandsprodukt	in %	± 0,0	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,7
Nominell	in %	± 0,0	+ 0,6	+ 0,9	+ 1,1	+ 1,2
<i>Inflation (nicht kumuliert)</i>						
Deflator des Bruttoinlandsproduktes	Prozentpunkte	± 0,0	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,0
Verbraucherpreise	Prozentpunkte	± 0,0	+ 0,1	+ 0,1	- 0,0	- 0,0
<i>Arbeitsmarkt</i>						
Arbeitskräfteangebot	in %	± 0,0	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1
Unselbständig Beschäftigte <sup>2)</sup>	in %	± 0,0	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,3
	1.000 Personen	± 0,0	+ 5,0	+ 9,4	+ 11,1	+ 11,8
Arbeitslosenquote <sup>3)4)</sup>	Prozentpunkte	± 0,0	- 0,1	- 0,2	- 0,2	- 0,2
Arbeitslose <sup>3)</sup>	1.000 Personen	± 0,0	- 3,8	- 7,0	- 8,4	- 8,8
Arbeitsproduktivität	in %	± 0,0	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,4
Lohnstückkosten	in %	± 0,0	- 0,1	- 0,0	+ 0,1	+ 0,2
<i>Einkommen, Sparen</i>						
Lohn- und Gehaltssumme, brutto <sup>5)</sup>	in %	± 0,0	+ 0,3	+ 0,6	+ 0,8	+ 1,0
Reallohn pro Kopf (unselbständig Beschäftigte) <sup>2)</sup>						
Brutto	in %	± 0,0	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,5
Netto	in %	- 0,0	+ 3,0	+ 3,8	+ 3,9	+ 3,9
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte, netto						
Nominell	in %	± 0,0	+ 2,2	+ 2,8	+ 2,9	+ 2,8
Real	in %	± 0,0	+ 1,9	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,3
Sparquote <sup>6)</sup>	Prozentpunkte	± 0,0	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,8	+ 0,6
<i>Staatshaushalt</i>						
Laufende Einnahmen in % des BIP	Prozentpunkte	± 0,0	- 1,2	- 1,5	- 1,4	- 1,4
Laufende Ausgaben in % des BIP	Prozentpunkte	± 0,0	- 0,3	- 0,4	- 0,4	- 0,4
Finanzierungssaldo des Staates	Mio. €	± 0,0	- 3.284,6	- 4.109,7	- 3.880,5	- 3.677,8
In % des BIP	Prozentpunkte	± 0,0	- 0,9	- 1,1	- 1,0	- 1,0
<i>Entlastung insgesamt</i>	Mio. €	-	- 3.900,0	- 5.195,0	- 5.195,0	- 5.195,0
In % des BIP	Prozentpunkte	-	- 1,1	- 1,5	- 1,4	- 1,4
Selbstfinanzierungsgrad in % des Entlastungsvolumens	Prozentpunkte	-	+ 15,8	+ 20,9	+ 25,3	+ 29,2

Q: WIFO-Berechnungen. – <sup>1)</sup> Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – <sup>2)</sup> Laut VGR (Beschäftigungsverhältnisse). – <sup>3)</sup> Laut Arbeitsmarktservice. – <sup>4)</sup> In % der unselbständigen Erwerbspersonen. – <sup>5)</sup> Ohne Arbeitgeberbeiträge. – <sup>6)</sup> In % des verfügbaren Einkommens.

### 3.1.1 Szenario 1 – "Regierungsszenario"

#### Entlastungen

Das geplante *Entlastungsvolumen* der Steuerreform 2015/16 von 5,2 Mrd. € (1½% des prognostizierten nominellen BIP) ergibt sich überwiegend (5,1 Mrd. €) durch eine Entlastung der privaten Haushalte von direkten Abgaben. Dadurch werden die nominellen verfügbaren Haushaltseinkommen gestärkt (+2,8% gegenüber dem Basisszenario im Jahr 2019, Nettolöhne, real pro Kopf +3,9%) und damit der reale Konsum belebt (+1,6%). Die Sparquote steigt mittelfristig um 0,6 Prozentpunkte.

Die Verringerung der Körperschaftsteuerbelastung (Mittelstandsfinanzierung, Forschungsprämie) senkt die Kapitalnutzungskosten und induziert damit zusätzlich einen leichten Impuls auf die Bruttoanlageinvestitionen. Die Ergebnisse dieser Simulation fasst Übersicht 4 zusammen.

Übersicht 5: Auswirkungen der Steuerreform 2015/16 auf Einkommen und Konsum nach Terzilen im Szenario 1

		2015	2016	2017	2018	2019
		Kumulierte Abweichungen				
<i>Entlastungen</i>						
Verfügbares reales Einkommen der privaten Haushalte, netto	in %	± 0,0	+ 1,9	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,3
Unteres Terzil	in %	± 0,0	+ 1,1	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,7
Mittleres Terzil	in %	± 0,0	+ 2,0	+ 2,6	+ 2,5	+ 2,4
Oberes Terzil	in %	± 0,0	+ 2,2	+ 2,6	+ 2,5	+ 2,5
Konsumausgaben der privaten Haushalte, real	in %	± 0,0	+ 0,9	+ 1,3	+ 1,5	+ 1,6
Unteres Terzil	in %	± 0,0	+ 0,8	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,5
Mittleres Terzil	in %	± 0,0	+ 1,0	+ 1,4	+ 1,6	+ 1,8
Oberes Terzil	in %	± 0,0	+ 0,8	+ 1,2	+ 1,4	+ 1,6
Sparquote <sup>1)</sup>	Prozentpunkte	± 0,0	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,8	+ 0,6
Unteres Terzil	Prozentpunkte	± 0,0	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,3
Mittleres Terzil	Prozentpunkte	± 0,0	+ 0,9	+ 1,0	+ 0,7	+ 0,5
Oberes Terzil	Prozentpunkte	± 0,0	+ 1,1	+ 1,1	+ 0,8	+ 0,7
<i>Belastungen</i>						
Verfügbares reales Einkommen der privaten Haushalte, netto	in %	- 0,0	- 1,1	- 1,3	- 1,4	- 1,4
Unteres Terzil	in %	- 0,0	- 1,0	- 1,1	- 1,1	- 1,2
Mittleres Terzil	in %	- 0,0	- 1,1	- 1,3	- 1,4	- 1,4
Oberes Terzil	in %	- 0,0	- 1,2	- 1,4	- 1,5	- 1,6
Konsumausgaben der privaten Haushalte, real	in %	- 0,0	- 0,6	- 0,7	- 0,8	- 0,9
Unteres Terzil	in %	- 0,0	- 0,8	- 0,9	- 1,0	- 1,0
Mittleres Terzil	in %	- 0,0	- 0,5	- 0,7	- 0,9	- 1,0
Oberes Terzil	in %	- 0,0	- 0,5	- 0,6	- 0,7	- 0,9
Sparquote <sup>1)</sup>	Prozentpunkte	- 0,0	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,5
Unteres Terzil	Prozentpunkte	- 0,0	- 0,3	- 0,3	- 0,3	- 0,2
Mittleres Terzil	Prozentpunkte	- 0,0	- 0,5	- 0,5	- 0,4	- 0,4
Oberes Terzil	Prozentpunkte	- 0,0	- 0,6	- 0,6	- 0,7	- 0,6
<i>Gesamteffekte</i>						
Verfügbares reales Einkommen der privaten Haushalte, netto	in %	- 0,0	+ 0,9	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,0
Unteres Terzil	in %	- 0,0	+ 0,2	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,6
Mittleres Terzil	in %	- 0,0	+ 1,0	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,1
Oberes Terzil	in %	- 0,0	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,0
Konsumausgaben der privaten Haushalte, real	in %	- 0,0	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,7
Unteres Terzil	in %	- 0,0	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6
Mittleres Terzil	in %	- 0,0	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,8
Oberes Terzil	in %	- 0,0	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,7
Sparquote <sup>1)</sup>	Prozentpunkte	- 0,0	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,2
Unteres Terzil	Prozentpunkte	- 0,0	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1
Mittleres Terzil	Prozentpunkte	- 0,0	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,2
Oberes Terzil	Prozentpunkte	- 0,0	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,2

Q: WIFO-Berechnungen. – <sup>1)</sup> In % des verfügbaren Einkommens.

Die zusätzliche Nachfrage nach Konsumgütern (und in geringem Ausmaß der direkte Impuls auf die Investitionsgüternachfrage) wird in der Folge durch Multiplikator- und Akzeleratoreffekte gesteigert. Der Nachfrageimpuls wirkt leicht preiserhöhend auf die Verbraucherpreise (+0,2%) und lässt auch die Importe (+0,7%) steigen, wodurch sich der Außenbeitrag verschlechtert (-0,4 Prozentpunkte). Insgesamt wächst durch die Entlastungen das reale BIP um 0,7%, und die Beschäftigung nimmt mittelfristig um 0,3% zu (+11.800 Beschäftigungsverhältnisse). Die Arbeitslosenquote geht um 0,2 Prozentpunkte zurück.

Der Steuerausfall durch die Tarifreform der Lohn- und Einkommensteuer schlägt im Jahr 2017 mit  $-1,1\%$  des BIP am stärksten auf den Finanzierungssaldo durch. In den Folgejahren lässt die Budgetbelastung der Steuerreform geringfügig nach ( $-1,0\%$  des BIP im Jahr 2019).

Im unteren Einkommensterzil ist die Entlastungswirkung auf das verfügbare reale Einkommen nach vier Jahren um  $\frac{3}{4}$  Prozentpunkte geringer als im mittleren bzw. oberen Terzil (Übersicht 5). Dies geht auf den von der Einkommensverteilung der Haushaltsgruppen abweichenden Verteilungsschlüssel für die Wirkungen der Entlastungen zurück (Übersicht 3, Schlüssel A), insbesondere der Tarifreform (Schlüssel B). Aufgrund der höheren marginalen Konsumquote und Anpassungsgeschwindigkeit der Haushalte im unteren Terzil (Übersicht 2, Abbildung 1) beträgt diese Differenz für die Konsumausgaben nur 0,1 bis 0,3 Prozentpunkte.

### Belastungen

Die Gegenfinanzierung der Steuerreform 2015/16 sieht im Jahr 2016 Belastungen von 3,6 Mrd. € ansteigend auf 4,5 Mrd. € (rund  $1,2\%$  des BIP) im Jahr 2019 vor (Übersicht 6).

Der überwiegende Teil dieser Maßnahmen sind Steuererhöhungen (2016: 2,5 Mrd. €, 2019: 3,4 Mrd. €). Im Jahr 2019 machen die Mehreinnahmen an direkten Steuern und Sozialabgaben (die unmittelbar das verfügbare Einkommen verringern) und indirekten Verbrauchsteuern jeweils etwa 1,4 Mrd. € aus. Daneben dämpft die Einschränkung des öffentlichen Personalaufwandes (Einsparungen in der öffentlichen Verwaltung 300 Mio. €) das verfügbare Haushaltseinkommen. Durch die Betrugsbekämpfung wird zudem das vorher in der Schattenwirtschaft erworbene Einkommen geringer. Von den zuvor "schwarz" erwirtschafteten Umsätzen und Einkommen müssen dann Steuern (Umsatzsteuer bzw. Einkommensteuer und Sozialabgaben) abgeführt werden. Diese Abgaben mindern das zuvor (teilweise) "schwarz" erwirtschaftete verfügbare Einkommen. Darüber hinaus dürften die abgeführten Steuern zumindest teilweise auf die Verbraucherpreise aufgeschlagen werden. Diese Preissteigerungen kürzen tendenziell die private Kaufkraft und die Nachfrage. Durch die Preisüberwälzung wird die Verminderung des verfügbaren Einkommens der früheren Schwarzanbieter abgeschwächt.

Die Senkungen der Ausgaben für die öffentliche Verwaltung und für Förderungen um rund 1,1 Mrd. € wirken kurzfristig unmittelbar als Verringerung des öffentlichen Konsums ( $-1,2\%$  im Jahr 2016). Die Einschränkung des öffentlichen Personalaufwandes verringert im selben Ausmaß das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte. Die Subventionskürzungen und die Anhebung des ermäßigten Umsatzsteuersatzes für ausgewählte Güter und Dienstleistungen wirken kurzfristig ebenfalls preiserhöhend.

Insgesamt lösen die angeführten Belastungen der privaten Haushalte (einschließlich der Zweitrundeneffekte) einen Rückgang des nominellen verfügbaren Einkommens gegenüber dem Basisszenario um  $\frac{1}{4}$  im Jahr 2019 aus (Nettolöhne real pro Kopf  $-0,9\%$ ). Durch die Anhebung der Verbrauchsteuern, die teilweise Überwälzung der zusätzlichen Steuerlast aus der Betrugsbekämpfung und die Subventionskürzungen steigen die Verbraucherpreise ( $+0,5\%$ ). Das verfügbare reale Einkommen ist 2019 um  $1,4\%$  niedriger als im Basisszenario, die private Konsumnachfrage um  $0,9\%$ . Durch den Rückgang des privaten und öffentlichen Konsums gehen auch die Importe um  $0,4\%$  zurück.

Insgesamt wird die inländische Produktion infolge der Belastungen gegenüber dem Basisszenario eingeschränkt, das reale BIP verringert sich um  $0,6\%$ . Dadurch verschlechtert sich auch die Situation auf dem Arbeitsmarkt, die Beschäftigung ist 2019 um knapp 8.000 Beschäftigungsverhältnisse niedriger als im Basisszenario ohne Steuerreform. Durch die Steuererhöhungen und Ausgabensenkungen verbessert sich der Budgetsaldo um  $1,1\%$  des BIP.

Der Großteil der direkt über das verfügbare Einkommen wirkenden Maßnahmen zur Gegenfinanzierung – jener Anteil, der auf die Verringerung des verfügbaren Einkommens durch die Bekämpfung der Schwarzarbeit und die Verringerung des öffentlichen Personalaufwandes zurückgeht – sowie die Zweitrundeneffekte aus den

Ausgabeneinsparungen werden mit den durchschnittlichen Haushaltseinkommensanteilen nach Terzilen nach der Steuerreform (Verteilungsschlüssel A in Übersicht 3) gewichtet und damit verteilungsneutral angenommen. Da nur die Anhebung der Höchstbeitragsgrundlage und der direkten Steuern durch die Streichung von Steuerausnahmen (Verteilungsschlüssel F und G) stärker auf das mittlere und obere Einkommenssterzil wirken, ist die Einkommenswirkung nach Terzilen (Übersicht 5) gleichmäßiger als für die Entlastung. Aufgrund der unterschiedlichen marginalen Konsumneigung der Haushaltsgruppen sinkt der Konsum aber im 1. Terzil relativ am stärksten.

Übersicht 6: Auswirkungen der Steuerreform 2015/16 – Effekte der Belastungen im Szenario 1

		2015	2016	2017	2018	2019
Kumulierte Abweichungen						
<i>Nachfrage, real</i>						
Konsumausgaben						
Private Haushalte <sup>1)</sup>	in %	- 0,0	- 0,6	- 0,7	- 0,8	- 0,9
Staat	in %	- 0,0	- 1,2	- 1,2	- 1,1	- 1,1
Bruttoanlageinvestitionen	in %	- 0,0	- 0,3	- 0,3	- 0,3	- 0,3
Private Ausrüstungsinvestitionen	in %	- 0,0	- 0,3	- 0,4	- 0,5	- 0,6
Private Bauinvestitionen	in %	- 0,0	- 0,2	- 0,3	- 0,0	+ 0,0
Exporte	in %	± 0,0	- 0,0	- 0,1	- 0,1	- 0,1
Importe	in %	- 0,0	- 0,3	- 0,4	- 0,4	- 0,4
Außenbeitrag in % des BIP	Prozentpunkte	+ 0,0	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2
Bruttoinlandsprodukt	in %	- 0,0	- 0,5	- 0,5	- 0,6	- 0,6
Nominell	in %	- 0,0	- 0,3	- 0,3	- 0,3	- 0,4
<i>Inflation (nicht kumuliert)</i>						
Deflator des Bruttoinlandsproduktes	Prozentpunkte	- 0,0	+ 0,2	+ 0,1	- 0,0	- 0,0
Verbraucherpreise	Prozentpunkte	- 0,0	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,0
<i>Arbeitsmarkt</i>						
Arbeitskräfteangebot	in %	- 0,0	- 0,0	- 0,0	- 0,0	- 0,0
Unselbständig Beschäftigte <sup>2)</sup>	in %	- 0,0	- 0,1	- 0,2	- 0,2	- 0,2
	1.000 Personen	- 0,0	- 4,1	- 6,3	- 7,2	- 7,8
Arbeitslosenquote <sup>3)4)</sup>	Prozentpunkte	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,2
Arbeitslose <sup>3)</sup>	1.000 Personen	+ 0,0	+ 3,0	+ 4,7	+ 5,4	+ 5,9
Arbeitsproduktivität	in %	- 0,0	- 0,4	- 0,4	- 0,4	- 0,4
Lohnstückkosten	in %	+ 0,0	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,4
<i>Einkommen, Sparen</i>						
Lohn- und Gehaltssumme, brutto <sup>5)</sup>	in %	- 0,0	- 0,1	- 0,1	- 0,2	- 0,2
Reallohn pro Kopf (unselbständig Beschäftigte) <sup>2)</sup>						
Brutto	in %	- 0,0	- 0,3	- 0,4	- 0,5	- 0,6
Netto	in %	- 0,0	- 0,4	- 0,6	- 0,8	- 0,9
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte, netto						
Nominell	in %	- 0,0	- 0,8	- 1,0	- 1,1	- 1,2
Real	in %	- 0,0	- 1,1	- 1,3	- 1,4	- 1,4
Sparquote <sup>6)</sup>	Prozentpunkte	- 0,0	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5
<i>Staatshaushalt</i>						
Laufende Einnahmen in % des BIP	Prozentpunkte	+ 0,0	+ 0,8	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,9
Laufende Ausgaben in % des BIP	Prozentpunkte	+ 0,0	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,2
Finanzierungssaldo des Staates	Mio. €	+14,2	+3.430,3	+3.926,0	+4.156,1	+4.117,1
In % des BIP	Prozentpunkte	+ 0,0	+ 1,0	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,1
<i>Belastungen insgesamt</i>						
	Mio. €	-	+ 3.563,0	+ 4.352,0	+ 4.531,0	+ 4.501,0
In % des BIP	Prozentpunkte	-	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,2
Selbstfinanzierungsgrad in % des Belastungsvolumens	Prozentpunkte	-	- 3,7	- 9,8	- 8,3	- 8,5

Q: WIFO-Berechnungen. – <sup>1)</sup> Einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck. – <sup>2)</sup> Laut VGR (Beschäftigungsverhältnisse). – <sup>3)</sup> Laut Arbeitsmarktservice. – <sup>4)</sup> In % der unselbständigen Erwerbspersonen. – <sup>5)</sup> Ohne Arbeitgeberbeiträge. – <sup>6)</sup> In % des verfügbaren Einkommens.

### Gesamteffekt des Regierungsszenarios

Aus dem Zusammenwirken der Entlastungen (2019: 5,2 Mrd. €; davon 98% direkt über das verfügbare Haushaltseinkommen) und der Gegenfinanzierung (4,5 Mrd. €) ergibt sich unter der Annahme, dass alle Maßnahmen wie im Regierungsplan vorgesehen zeitgerecht umgesetzt werden, eine *Nettoentlastung* von 337 Mio. € 2016, ansteigend auf 694 Mio. € 2019. Sie schlägt sich in einem kumulierten Anstieg des verfügbaren realen Einkommens um 1,0% bis 2019 und des privaten Konsums um 0,7% nieder. Durch die angenommenen Einsparungen im öffentlichen Sektor geht der öffentliche Konsum um rund 0,9% zurück. Die insgesamt höhere private Inlandsnach-



frage hat höhere Importe zur Folge. Die Stärkung der Konsumnachfrage der privaten Haushalte, Verbrauchsteuererhöhungen, Subventionskürzungen und die Maßnahmen zur Betrugsbekämpfung (diese wirken ökonomisch ebenfalls wie eine Steuererhöhung) erhöhen die Verbraucherpreise. Tendenziell wirken sie damit dämpfend auf die Kaufkraft und die reale Konsumnachfrage. Zudem erhöhen sich die relativen Preise gegenüber den Handelspartnern, sodass die Exporte leicht zurückgehen. Insgesamt verschlechtert sich der Außenbeitrag 2019 um 0,1 Prozentpunkte.

Übersicht 7: Auswirkungen der Steuerreform 2015/16 – Gesamteffekte im Szenario 1

		2015	2016	2017	2018	2019
		Kumulierte Abweichungen				
<i>Nachfrage, real</i>						
<i>Konsumausgaben</i>						
Private Haushalte <sup>1)</sup>	in %	- 0,0	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,7
Staat	in %	- 0,0	- 1,1	- 1,0	- 1,0	- 0,9
<i>Bruttoanlageinvestitionen</i>						
Private Ausrüstungsinvestitionen	in %	- 0,0	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,7
Private Bauinvestitionen	in %	- 0,0	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,9	+ 0,9
Exporte	in %	± 0,0	- 0,0	- 0,0	- 0,0	- 0,1
Importe	in %	- 0,0	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2
Außenbeitrag in % des BIP	Prozentpunkte	+ 0,0	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,1
<i>Bruttoinlandsprodukt</i>						
Nominell	in %	- 0,0	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,2
	in %	- 0,0	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,7
<i>Inflation (nicht kumuliert)</i>						
Deflator des Bruttoinlandsproduktes	Prozentpunkte	- 0,0	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,0	+ 0,0
Verbraucherpreise	Prozentpunkte	- 0,0	+ 0,3	+ 0,2	- 0,0	- 0,0
<i>Arbeitsmarkt</i>						
<i>Arbeitskräfteangebot</i>						
Unselbständig Beschäftigte <sup>2)</sup>	in %	- 0,0	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0
	in %	- 0,0	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1
	1.000 Personen	- 0,0	+ 1,0	+ 2,8	+ 4,0	+ 4,2
<i>Arbeitslosenquote<sup>3)4)</sup></i>						
Arbeitslose <sup>3)</sup>	Prozentpunkte	+ 0,0	- 0,0	- 0,1	- 0,1	- 0,1
	1.000 Personen	+ 0,0	- 0,8	- 2,1	- 3,0	- 3,2
Arbeitsproduktivität	in %	- 0,0	- 0,0	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,1
Lohnstückkosten	in %	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,4
<i>Einkommen, Sparen</i>						
<i>Lohn- und Gehaltssumme, brutto<sup>5)</sup></i>						
Reallohn pro Kopf (unselbständig Beschäftigte <sup>2)</sup> )	in %	- 0,0	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,6
<i>Brutto</i>						
Netto	in %	- 0,0	- 0,2	- 0,1	+ 0,0	+ 0,1
	in %	- 0,0	+ 2,6	+ 3,2	+ 3,1	+ 3,1
<i>Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte, netto</i>						
Nominell	in %	- 0,0	+ 1,3	+ 1,8	+ 1,6	+ 1,5
Real	in %	- 0,0	+ 0,9	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,0
Sparquote <sup>6)</sup>	Prozentpunkte	- 0,0	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,2
<i>Staatshaushalt</i>						
<i>Laufende Einnahmen in % des BIP</i>						
Laufende Ausgaben in % des BIP	Prozentpunkte	+ 0,0	- 0,4	- 0,6	- 0,5	- 0,5
<i>Finanzierungssaldo des Staates</i>						
	Mio. €	+14,2	+ 115,8	- 193,5	+ 210,6	+ 393,4
In % des BIP	Prozentpunkte	+ 0,0	+ 0,0	- 0,0	+ 0,1	+ 0,1
<i>Nettoentlastung insgesamt</i>						
	Mio. €	-	- 337,0	- 843,0	- 664,0	- 694,0
In % des BIP	Prozentpunkte	-	- 0,1	- 0,2	- 0,2	- 0,2
Selbstfinanzierungsgrad in % des Nettovolumens	Prozentpunkte	-	+ 134,3	+ 77,0	+ 131,7	+ 156,7

Q: WIFO-Berechnungen. – <sup>1)</sup> Einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck. – <sup>2)</sup> Laut VGR (Beschäftigungsverhältnisse). – <sup>3)</sup> Laut Arbeitsmarktservice. – <sup>4)</sup> In % der unselbständigen Erwerbspersonen. – <sup>5)</sup> Ohne Arbeitgeberbeiträge. – <sup>6)</sup> In % des verfügbaren Einkommens.

Die Steuerreform 2015/16 (einschließlich Gegenfinanzierung) verschiebt die Zusammensetzung der Nachfrage vom öffentlichen hin zum privaten Sektor, die Konjunkturreffekte bleiben aber mit einem leichten Anstieg des realen BIP (2019 +0,2%) und der Beschäftigung (+0,1%) gering. Das Preisniveau ist 2019 um ½% höher als im Basiszenario ohne Steuerreform.

Die Gegenfinanzierungsmaßnahmen und das preisbedingt höhere Abgabenaufkommen bewirken kurzfristig einen gegenüber dem Basiszenario neutralen und nach 4 Jahren leicht positiven Effekt auf den Budgetsaldo (in Prozent des BIP). Der von der Regierung angenommene Selbstfinanzierungsgrad dürfte unter den genannten Bedingungen (nicht zuletzt durch den Inflationseffekt) erreicht werden.

### 3.1.2 Szenario 2 – Verzögerte Umsetzung der Gegenfinanzierung

Im Szenario 2 wird unterstellt, dass die geplanten Maßnahmen zur Betrugsbekämpfung und zu Ausgabeinsparungen im Jahr 2016 lediglich zur Hälfte, im Jahr 2017 zu drei Vierteln und erst ab 2018 in vollem Umfang umgesetzt werden (Übersicht 8). Das BIP wäre in den ersten zwei Jahren (in denen annahmegemäß der Umsetzungsgrad der Gegenfinanzierung geringer ist) höher als im Szenario 1 (2017 +0,3%). Durch die Verschiebung der Maßnahmen verteilt sich der inflationserhöhende Effekt über mehrere Jahre. Der etwas höhere Anstieg des BIP geht auf Kosten eines höheren Budgetdefizits. Bis zum vierten Jahr (dann werden alle Maßnahmen vollständig umgesetzt) verbessert sich der Budgetsaldo zwar wieder, und der BIP-Effekt verringert sich auf ein ähnliches Ausmaß wie im Szenario 1. Wegen des anfangs höheren Budgetdefizits ist die Staatsverschuldung 2019 aber höher als im Szenario 1.

Übersicht 8: Auswirkungen der Steuerreform 2015/16 – Gesamteffekte im Szenario 2: Verzögerte Umsetzung der Gegenfinanzierung

		2015	2016	2017	2018	2019
		Kumulierte Abweichungen				
<i>Nachfrage, real</i>						
Konsumausgaben						
Private Haushalte <sup>1)</sup>	in %	- 0,0	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,7
Staat	in %	- 0,0	- 0,5	- 0,7	- 0,9	- 0,9
Bruttoanlageinvestitionen		- 0,0	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,9	+ 0,7
Private Ausrüstungsinvestitionen	in %	- 0,0	+ 0,9	+ 0,9	+ 1,0	+ 0,9
Private Bauinvestitionen	in %	- 0,0	+ 0,6	+ 0,8	+ 1,1	+ 0,9
Exporte	in %	± 0,0	- 0,0	- 0,0	- 0,0	- 0,1
Importe	in %	- 0,0	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,2
Außenbeitrag in % des BIP	Prozentpunkte	+ 0,0	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,1
Bruttoinlandsprodukt	in %	- 0,0	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,2
Nominell	in %	- 0,0	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,8
<i>Inflation (nicht kumuliert)</i>						
Deflator des Bruttoinlandsproduktes	Prozentpunkte	- 0,0	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1
Verbraucherpreise	Prozentpunkte	- 0,0	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1
<i>Arbeitsmarkt</i>						
Arbeitskräfteangebot	in %	- 0,0	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0
Unselbständig Beschäftigte <sup>2)</sup>	in %	- 0,0	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1
	1.000 Personen	- 0,0	+ 3,0	+ 5,2	+ 5,7	+ 5,4
Arbeitslosenquote <sup>3)4)</sup>	Prozentpunkte	+ 0,0	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,1
Arbeitslose <sup>3)</sup>	1.000 Personen	+ 0,0	- 2,2	- 3,9	- 4,3	- 4,1
Arbeitsproduktivität	in %	- 0,0	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1
Lohnstückkosten	in %	+ 0,0	- 0,0	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,5
<i>Einkommen, Sparen</i>						
Lohn- und Gehaltssumme, brutto <sup>5)</sup>	in %	- 0,0	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,7
Reallohn pro Kopf (unselbständig Beschäftigte) <sup>2)</sup>						
Brutto	in %	- 0,0	- 0,0	- 0,0	+ 0,0	+ 0,1
Netto	in %	- 0,0	+ 2,8	+ 3,3	+ 3,1	+ 3,0
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte, netto						
Nominell	in %	- 0,0	+ 1,6	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,6
Real	in %	- 0,0	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,0	+ 0,9
Sparquote <sup>6)</sup>	Prozentpunkte	- 0,0	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,2
<i>Staatshaushalt</i>						
Laufende Einnahmen in % des BIP	Prozentpunkte	+ 0,0	- 0,7	- 0,7	- 0,5	- 0,5
Laufende Ausgaben in % des BIP	Prozentpunkte	+ 0,0	- 0,4	- 0,5	- 0,6	- 0,6
Finanzierungssaldo des Staates	Mio. €	+14,2	- 1.348,3	- 832,4	+ 283,4	+ 431,3
In % des BIP	Prozentpunkte	+ 0,0	- 0,4	- 0,2	+ 0,1	+ 0,1
<i>Nettoentlastung insgesamt</i>						
	Mio. €	-	- 1.849,5	- 1.640,5	- 664,0	- 694,0
In % des BIP	Prozentpunkte	-	- 0,5	- 0,5	- 0,2	- 0,2
Selbstfinanzierungsgrad in % des Nettovolumens	Prozentpunkte	-	+ 27,1	+ 49,3	+ 142,7	+ 162,1

Q: WIFO-Berechnungen. – <sup>1)</sup> Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – <sup>2)</sup> Laut VGR (Beschäftigungsverhältnisse). – <sup>3)</sup> Laut Arbeitsmarktservice. – <sup>4)</sup> In % der unselbständigen Erwerbspersonen. – <sup>5)</sup> Ohne Arbeitgeberbeiträge. – <sup>6)</sup> In % des verfügbaren Einkommens.

### 3.1.3 Szenario 3 – Verzögerte und unvollständige Umsetzung der Gegenfinanzierung

Eine stärker verzögerte und zusätzlich unvollständige Umsetzung der geplanten Maßnahmen in den Bereichen Betrugsbekämpfung und Ausgabeinsparungen nimmt das Szenario 3 an: Im ersten Jahr würden sie zu lediglich einem Viertel, 2017

zur Hälfte und ab dem Jahr 2018 zu drei Vierteln realisiert. Weil die Gegenfinanzierung geringer ist, fällt die Nettoentlastung der privaten Haushalte höher aus. Bis zum Ende des Simulationszeitraumes (2019) ergibt sich ein anhaltender expansiver Effekt auf das BIP (+0,4%) und die Beschäftigung (Übersicht 9). Dadurch verschlechtert sich der Budgetsaldo insbesondere in den ersten zwei Jahren deutlich. Obwohl sich die Budgetlücke in den Folgejahren wieder verringert, bleibt der Effekt in der öffentlichen Verschuldung erhalten, und diese ist im Jahr 2019 um 1 Prozentpunkt höher als im Szenario 1.

Übersicht 9: Auswirkungen der Steuerreform 2015/16 – Gesamteffekte im Szenario 3: Verzögerte und unvollständige Umsetzung der Gegenfinanzierung

		2015	2016	2017	2018	2019
			Kumulierte Abweichungen			
<i>Nachfrage, real</i>						
Konsumausgaben						
Private Haushalte <sup>1)</sup>	in %	- 0,0	+ 0,7	+ 1,0	+ 0,9	+ 0,9
Staat	in %	- 0,0	- 0,2	- 0,4	- 0,6	- 0,6
Bruttoanlageinvestitionen	in %	- 0,0	+ 0,7	+ 1,0	+ 1,1	+ 1,0
Private Ausrüstungsinvestitionen	in %	- 0,0	+ 1,0	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,1
Private Bauinvestitionen	in %	- 0,0	+ 0,6	+ 1,1	+ 1,4	+ 1,3
Exporte	in %	± 0,0	- 0,0	+ 0,0	- 0,0	- 0,0
Importe	in %	- 0,0	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,3
Außenbeitrag in % des BIP	Prozentpunkte	+ 0,0	- 0,2	- 0,3	- 0,2	- 0,2
Bruttoinlandsprodukt	in %	- 0,0	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,4
Nominell	in %	- 0,0	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,9	+ 1,0
<i>Inflation (nicht kumuliert)</i>						
Deflator des Bruttoinlandsproduktes	Prozentpunkte	- 0,0	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1
Verbraucherpreise	Prozentpunkte	- 0,0	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1
<i>Arbeitsmarkt</i>						
Arbeitskräfteangebot	in %	- 0,0	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0
Unselbständig Beschäftigte <sup>2)</sup>	in %	- 0,0	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2
	1.000 Personen	- 0,0	+ 4,0	+ 7,0	+ 8,0	+ 8,1
Arbeitslosenquote <sup>3)4)</sup>	Prozentpunkte	+ 0,0	- 0,1	- 0,1	- 0,2	- 0,2
Arbeitslose <sup>3)</sup>	1.000 Personen	+ 0,0	- 3,0	- 5,2	- 6,0	- 6,1
Arbeitsproduktivität	in %	- 0,0	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2
Lohnstückkosten	in %	+ 0,0	- 0,1	+ 0,0	+ 0,3	+ 0,4
<i>Einkommen, Sparen</i>						
Lohn- und Gehaltssumme, brutto <sup>5)</sup>	in %	- 0,0	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,8
Reallohn pro Kopf (unselbständig Beschäftigte <sup>2)</sup> )						
Brutto	in %	- 0,0	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1
Netto	in %	- 0,0	+ 2,9	+ 3,5	+ 3,3	+ 3,2
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte, netto						
Nominell	in %	- 0,0	+ 1,8	+ 2,1	+ 1,9	+ 1,9
Real	in %	- 0,0	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,3	+ 1,2
Sparquote <sup>6)</sup>	Prozentpunkte	- 0,0	+ 0,8	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,2
<i>Staatshaushalt</i>						
Laufende Einnahmen in % des BIP	Prozentpunkte	+ 0,0	- 0,9	- 0,9	- 0,7	- 0,6
Laufende Ausgaben in % des BIP	Prozentpunkte	+ 0,0	- 0,3	- 0,5	- 0,6	- 0,6
Finanzierungssaldo des Staates	Mio. €	+14,2	-2.080,5	-1.535,3	- 434,4	- 242,3
In % des BIP	Prozentpunkte	+ 0,0	- 0,6	- 0,4	- 0,1	- 0,1
<i>Nettoentlastung insgesamt</i>						
	Mio. €	-	-2.605,8	-2.438,0	-1.491,8	-1.504,8
In % des BIP	Prozentpunkte	-	- 0,8	- 0,7	- 0,4	- 0,4
Selbstfinanzierungsgrad in % des Nettovolumens	Prozentpunkte	-	+ 20,2	+ 37,0	+ 70,9	+ 83,9

Q: WIFO-Berechnungen. – <sup>1)</sup> Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – <sup>2)</sup> Laut VGR (Beschäftigungsverhältnisse). – <sup>3)</sup> Laut Arbeitsmarktservice. – <sup>4)</sup> In % der unselbständigen Erwerbspersonen. – <sup>5)</sup> Ohne Arbeitgeberbeiträge. – <sup>6)</sup> In % des verfügbaren Einkommens.

#### 4. Zusammenfassung

Die vorliegende Modellsimulation der gesamtwirtschaftlichen Wirkungen der Steuerreform 2015/16 bis zum Jahr 2019 trägt den mit der Gegenfinanzierung verbundenen Risiken Rechnung durch Schätzung von Alternativszenarien, die eine Verzögerung und unvollständige Umsetzung der Maßnahmen in den Bereichen Betrugsbekämpfung, Verwaltungseinsparung und Förderungen unterstellen (Szenarien 2 und 3).

Das "Regierungsszenario" (Szenario 1) sieht eine planmäßige Umsetzung aller vorgesehenen Entlastungs- und Gegenfinanzierungsmaßnahmen vor. Gemäß den Simulationsergebnissen bewirkt die Steuerreform eine Verringerung des Steuerkeils und dadurch eine Erhöhung der verfügbaren Haushaltseinkommen, die eine Verlagerung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage hin zum privaten Konsum zur Folge hat. Infolge der Zunahme der Verbrauchsteuerbelastung (Steigerung der privaten Konsumnachfrage, Anhebung des Umsatzsteuersatzes auf bestimmte Güter, Anstieg des Umsatzsteueraufkommens infolge der Betrugsbekämpfung, Streichung von Subventionen) steigen die Preise gegenüber dem Basisszenario ohne Steuerreform bis 2019 um ½%. Mittelfristig ergibt sich eine Ausweitung des realen BIP um knapp ¼%. Die Auswirkungen auf den Budgetsaldo sind neutral, die Abgabenquote verringert sich mittelfristig um ½ Prozentpunkt. Die Steuerreform hat eine Strukturverlagerung in Produktion und Nachfrage vom öffentlichen hin zum privaten Konsum zur Folge.

Eine verzögerte (Szenario 2) und geringere (Szenario 3) Gegenfinanzierung als im Regierungsszenario lässt die verfügbaren Haushaltseinkommen stärker steigen und den öffentlichen Konsum schwächer sinken als im Szenario 1. Dies bewirkt (je nach Variante) kurz- bis mittelfristig einen etwas stärkeren Anstieg des BIP (2019 gegenüber Szenario 1 bis zu +0,2 Prozentpunkte), aber auch des Budgetdefizits und der öffentlichen Verschuldung (bis zu +1 Prozentpunkt bis 2019).

Längerfristig kann eine dauerhafte Verringerung des Steuerkeils Anreize zur Erhöhung der Erwerbsbeteiligung setzen und das Wachstums- und Beschäftigungspotential und damit den Trend-Output steigern. Eine erfolgreiche Bekämpfung von Steuer- und Sozialbetrug würde künftig die Finanzierung der öffentlichen Haushalte durch Stärkung der Steuerbasis erleichtern. Dadurch kann Spielraum geschaffen werden für eine etwaige Senkung der Lohnnebenkosten oder eine Ausweitung der öffentlichen Infrastrukturinvestitionen. Beides könnte langfristig positiv auf Beschäftigung und Wachstum wirken.

## 5. Literaturhinweise

- Baumgartner, J., Breuss, F., Kaniowski, S., "WIFO-Macromod – An Econometric Model of the Austrian Economy", OeNB, Workshop, 2005, (5), <http://www.oenb.at/Publikationen/Volkswirtschaft/Workshopbaende/2005/Workshop-No.-05.html>.
- Baumgartner, J., Kaniowski, S., Pitlik, H., "Wirtschaftswachstum weiterhin verhalten, Arbeitslosigkeit bleibt hoch. Mittelfristige Prognose der österreichischen Wirtschaft bis 2019", WIFO-Monatsberichte, 2015, 88(1), S. 51-66, <http://monatsberichte.wifo.ac.at/50923>.
- Breuss, F., Kaniowski, S., Lehner, G., "Makroökonomische Evaluierung der Fiskalpolitik 2000 bis 2002", WIFO-Monatsberichte, 2004, 77(7), S. 557-571, <http://monatsberichte.wifo.ac.at/25156>.
- Breuss, F., Kaniowski, S., Schratzenstaller, M., "Steuerreform 2004/05 – Maßnahmen und makroökonomische Effekte", WIFO-Monatsberichte, 2004, 77(8), S. 627-643, <http://monatsberichte.wifo.ac.at/25204>.
- Breuss, F., Kaniowski, S., Schratzenstaller, M., "Gesamtwirtschaftliche Effekte der Konjunkturbelebungsmaßnahmen", WIFO-Monatsberichte, 2009, 82(9), S. 675-686, <http://monatsberichte.wifo.ac.at/36767>.
- Budgetdienst, 2015, Einschätzungen zum Strategiebericht, Wien, Mai 2015, <http://www.parlament.gv.at/ZUSD/BUDGET/BD - Bundesfinanzrahmen 2016 - 2019.pdf>.
- Bundesministerium für Finanzen (2015A), Ministerratsvortrag zur Steuerreform 2015/2016 vom 17. 3. 2015, Wien, 2015, [https://www.bmf.gv.at/steuern/Vortrag\\_Ministerrat\\_Steuerreform\\_20152016.pdf?4wcpj6](https://www.bmf.gv.at/steuern/Vortrag_Ministerrat_Steuerreform_20152016.pdf?4wcpj6).
- Bundesministerium für Finanzen (2015B), Strategiebericht 2015-2019, Wien, 2015.
- Bundesministerium für Finanzen (2015C), Österreichisches Stabilitätsprogramm 2015 bis 2019. Fortschreibung vom April 2015, Wien, 2015.
- Bundesministerium für Finanzen (2015D), Begutachtungsentwurf zum Bankwesengesetz vom 12. 5. 2015, Wien, 2015, <https://www.bmf.gv.at/steuern/Bankenpaket-2015.html>.
- Bundesministerium für Finanzen (2015E), Begutachtungsentwurf zum Steuerreformgesetz vom 19. 5. 2015, Wien, 2015, <https://www.bmf.gv.at/steuern/Steuerreformgesetz-2015.html>.
- Fiskalrat, Bericht über die Einhaltung der Fiskalregeln 2014-2019, Wien, 2015, <http://www.fiskalrat.at/dms/fiskalrat/presseinformationen/2015/Bericht-Fiskalregeln.pdf>.
- Glocker, Ch., "Unsicherheit bremst Konjunktur. Prognose für 2015 und 2016", WIFO-Monatsberichte, 2015, 88(4), S. 231-246, <http://monatsberichte.wifo.ac.at/57924>.
- Österreichisches Parlament, Begutachtungsentwurf zum Sozialbetrugsgesetz vom 6. 5. 2015, Wien, 2015, [http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/ME/ME\\_00124/fname\\_409540.pdf](http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/ME/ME_00124/fname_409540.pdf).
- Rocha-Akis, S., "Verteilungseffekte der Einkommensteuerreform 2015/16", WIFO-Monatsberichte, 2015, 88(5), S. 387-398, <http://monatsberichte.wifo.ac.at/58170>, in diesem Heft.

Schiman, St., "Verschuldungs- und Entschuldungsprozesse prägen die weltweiten Konjunkturaussichten. Mittelfristige Prognose der Weltwirtschaft bis 2019", WIFO-Monatsberichte, 2015, 88(1), S. 39-50, <http://monatsberichte.wifo.ac.at/50922>.

Schatzenstaller, M., "Steuerreform 2015/16 – Maßnahmen und Gesamteinschätzung", WIFO-Monatsberichte, 2015, 88(5), S. 371-385, <http://monatsberichte.wifo.ac.at/58169>, in diesem Heft.